

# Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Ost“ und „Das Leben im West“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM  
Durch die Post bezogen 1,20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Rochleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Zenerische Buchdruckerei, Rochleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Rochleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22.832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in Restamtzeit 20 Pf.  
Anzeigenannahme von Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Ariern.

№ 95

Dienstag, den 12 August 1930

43. Jahrgang

## Programmrede des Kanzlers.

Die Krise in Politik und Wirtschaft.

Köln, 10. August.

Reichskanzler Dr. Brüning hielt in einer Verantwortung des Reichstags die Rede über die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft. Er sprach von der Krise in Politik und Wirtschaft, die durch die Weltwirtschaftskrise entstanden ist. Er erwähnte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Völker und die Bedeutung der Wirtschaftspolitik.

Wir sind der Ansicht, daß für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise nicht nur wirtschaftliche Umstände die Ursache sind, sondern daß an dieser Entwicklung auch die heutige politische Gestaltung nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt in gleichem Maße die Schuld trägt.

Diese Weltwirtschaftskrise ist eine Krise, von der man annehmen muß, daß sie von längerer Dauer ist, eine Krise, die auf die verschiedensten Ursachen, die zusammenhängen, zurückzuführen ist, eine Krise, die mit der Zerrüttung der politischen Verhältnisse in der ganzen Welt zusammenhängt, und es ist eine Krise ganz gewiß, die neben der Frage der Weltwirtschaft sich auch umfaßt auf die in dem Zusammenhang, daß nach großen Kriegen noch immer gewisse Teile immer eine gewisse Krise in der ganzen Welt existiert. Das Schlimmste ist, daß wir alle, was wir an Reformen auch dem Gebiet der Finanzen oder öffentlichen Körperschaften, auf dem Gebiet der Reformen der Wirtschaft und der Verwaltung in den vergangenen Jahren angestrichen haben, in Augenblick des größten Tiefstandes der Weltwirtschaft mit einem Male nach unten müssen.

Nach all dem ist nicht das Defizit der Einnahmen bedenklich, das aller Wahrscheinlichkeit nach sich auf 500 Millionen Mark in diesem Jahre belaufen wird. Nach all dem durchgelegt: ein auf Jahre gültiges flores, aber auch realisiertes W a u p r o g r a m m. Das Regierungsprogramm ist nicht durchzuführen, wenn nicht Bestimmungen geschaffen werden auf dem Gebiet der Verwaltung, und auch Verhältnisse in der parlamentarischen Erledigung des Etats und der Ausgabenanträge befristet werden.

Man dürfe nicht davor zurückschrecken, an das Problem Reich und Länder heranzugehen, zum mindesten in dem Sinne, daß die Doppelarbeit und der Verlust der Verwaltung des Reichs und Länder befristet werden.

Das andere ist die Frage der P o l i t i k. Auch ohne Berücksichtigung der letzten Erklärung, kann der Reichstag durch seine Geschäftsabläufe oder durch andere Maßnahmen sich mehr Selbstziplin auferlegen.

Es geht darum, nicht gegen das Parlament zu arbeiten, sondern für das Parlament.

Eine Regierung, die verantwortlich ist auch für diese Dinge, die nicht den Mut hat, dem Volk ganz klar die Alternativen anzugeben und diese Mängel des Parlamentarismus aufzudecken und das Volk zur Entscheidung aufzurufen, eine solche Regierung würde ein Volk dann langsam leicht vorbereiten für Experimente, die ich gar nicht näher bezeichnen will, die hier und da schon seit dem vergangenen Jahre in manchen Kreisen laufen.

## Rheinland- und Ostmarkenfeier.

Gedenkstunde am Reichstag.

Berlin, 10. August.

Die im Westausfluß für Rhein, Pfalz und Saar vereinigten landmannschaftlichen Verbände veranstalteten am Reichstag eine Gedenkstunde an die Befreiung des Rheinlands von der Besatzung. Im Anschluß an diese Kundgebung fand am dem Platz vor dem Reichstage eine Kundgebung der Ostmarken zur Erinnerung an die vor zehn Jahren in Ost- und Westpreußen erfolgte Volksabstimmung statt.

Die Rheinlandfeier im Reichstag wurde eingeleitet von Darbietungen des Doppelquartetts von Professor Felix Schmidt und des Berliner Lehrerchorvereins. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer, Präsident Dr. Kaufmann, begrüßte darauf die Gäste. Er gedachte der schweren Tage des Rheinlandes in der Nachkriegszeit.

Durch Gewalt und List, mit Keilspitze und Zunderbot habe Frankreich das rheinische Volk zu zerschneiden und für eine Erneuerung aller lohnbringender Problemfälle, einen Pufferstaat von Frankreichs Größe, sich zu machen verurteilt.

Am dem über alles Tod erhabenen mutigen Widerstand der

Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr, ihrer alle Verfassungen und Verfassungen unerschütterlichen stehbaren Einheit sei das gemüßigte Hauptbestener verleiht, der verbrochene Separatistenplan gestrichen.

Dringendes Gebot der Stunde ist eine durchgreifende aktive Grenzlandpolitik.

Aber nicht bloß im Westen, sondern auch im Osten, wo eine tabulische Grenzpolitik ergibt wirtschaftliche, dazu noch kulturelle und politische Not geschaffen hat. Gemeinsames Grenzland hat die schon von altersher durch wechselseitiges Geben und Nehmen verbundenen Deutschen im Westen und Osten fest zusammengeführt.

Im Anschluß an die Begrüßungsansprache Dr. Kaufmanns, hielt der Rektor der Universität, Frankfurt a. M., Prof. Georg Künzle, einen Vortrag über die Bedeutung des Rheins in der deutschen Geschichte. Er erinnerte an die weltgeschichtliche Bedeutung des Rheins im römisch-hörsburgischen Weltreich. Von den kaiserlichen Rädern sei der Rhein als die große Schachbühne gegen die Wiedertehr ähnlicher Vorfälle Frankreichs ausgelegt worden.

Die Herstellung der deutschen Souveränität am Rhein beginnt wieder ein europäisches oder ein Weltinteresse zu werden. Aber wir kaufen uns auch darüber nicht, daß wir zunächst nur eine erste Etappe auf dem langen Wege einer wahren und vollen Liquidation des Rheins erreicht haben. Der erste wird die zweite mit der Rückgabe des Saargebietes folgen müssen.

Es ist, von ganz kurzen Unterbrechungen abgesehen, über 1000 Jahre ein Glied des Römischen Reiches deutscher Nation, dann Preußens und des Deutschen Reiches gewesen.

Nach Prof. Künzle ergriff der Vorsitzende des Reichsverbandes der landmannschaftlichen Ost- und Westpreußen, Oberregierungsrat Hoffmann, das Wort. Er führte u. a. Wir Ost- und Westpreußen tragen in unserem Herzen eine starke Liebe zu westdeutschen Land und Volk. Sicher ist: der Westen unseres lieben schönen Vaterlandes wird uns als Lebensstätte stets mit dem Herzen auf seiner Seite stehen. Möchte es doch ungeteilt und so sein!

Möchte uns der Bestand aller Deutschen zuteil werden, wenn es sich, in hoffentlich nächster Zukunft, um Schicksalsfragen des Ostens und damit des ganzen deutschen Volkes handeln wird!

Bei der anschließenden Rundschau der Ostmarken vor dem Reichstage betonte der ehemalige Abstammungskommissar Graf v. a. d. d. die enge Verbundenheit zwischen West und Ost.

Westen und Osten hätten sich gefunden zu gemeinsamen Handeln.

Heber ihre engeren Grenzen hinaus wachsend, strecke die Heimatkreise der Verbände ihre Arme von Ost nach West, von Westen nach Osten und schmeide ein festes Band vom Rhein zur Weichsel und zur Memel.

Der Erste Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Staatspräsident Andres-Krafft a. M., wies darauf hin, daß die Mitstädter von Versailles sich vor 11 Jahren nicht vorstellen, daß das Gefühl der deutschen Verbundenheit an den Grenzen so fest wie es sich selbst bewährt habe. Die französischen Hoffnungen für eine politische Freiheit im Abstammungsgebiet Ost- und Westpreußens und für einen autonomen Volksstaat Frankreichs links des Rheins seien zu schanden geworden und ihre Beschränkung nach dem Saarvertrage auch zu schanden werden. Hoffnungen und Begehrlichkeiten seien geteilt und würden scheitern an einer Mauer, mit der der Sieger nicht gerechnet habe: an dem Gefühl untüchtiger deutscher Verbundenheit, das fest in den deutschen Herzen der Grenzland liege.

## Reichsminister Treubranus

führte u. a. aus: Der Sieg des bodenständigen Deutschums habe die Marienburg gerettet. Heimatkunde war das Feldgeschrei waffenloser bedrohter Volksgenossen, mit dem die Befreiung des Volkslandes befristet wurde. In den nächsten Tagen sei die ganze Größe der Nation auf den Weiten gerichtet, wo die Entscheidung grausam lange in der Schwere stand. Unbegreifbar heimlich habe Separatistenplan, Ruhrenmarck und den Druck von Schmiedern und Erpressern gebrochen. Der Kampf um den Rhein wurde ein deutscher Kampf.

Es sei gedacht der unterworfenen Brüder an der Saar, in Eupen und Namur, des zerstückelten Weichsellandes, der ungeheilten Wunde in der Ostflanke des Reiches. Man denke wieder daran, unter welch schändem Druck Wilson zur unannehmlichen Zustimmung überredet wurde, zu welchem Mitleidstand das deutsche Volk durch den Krieg wurde. Der Tag werde kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschlands und Europa bereit hat. Zum Schluß lang die Menschenmenge das Deutschlandlied.

## Wer zahlt die Reichshilfe?

Die Durchführungsbestimmungen der Steuererordnungen. Berlin, 11. August.

In den Durchführungsbestimmungen über die Reichshilfe der Verbände des öffentlichen Dienstes, die jedoch im Wortlaut vorliegen, heißt es u. a.: In den Besonderen im Sinne der Verordnung gehören auch die Geistlichen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und die Beamtenunterstützer. Nicht als Be-

amte im Sinne der Verordnung gelten 1. Personen, die lediglich ehrenamtlich öffentliche Befugnisse ausüben (z. B. Schlichter, Geschworene, Handelsrichter, Mitglieder von Steuerassessoren, ehrenamtliche Mitglieder von Finanzgerichten, ehrenamtliche Mitglieder der Träger der sozialen Versicherungen u. dgl.). 2. Personen, die nach dem Gelehrten für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtverpflichtet sind. Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts

im Sinne der Verordnung gehören auch die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften, die Stiftungen des öffentlichen Rechts, die Träger der sozialen Versicherungen (Krankenversicherungs-, Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichs-Krankenkasse, Landwirtschaftsvereine, Industrie- und Handelsvereine, Handwerkervereine, Arbeitervereine, Innungen u. dgl.). Als Verbände der Körperschaften des öffentlichen Rechts kommen insbesondere in Betracht: der Deutsche Städtebund, der Reichsstadtebund, der Verband der Preussischen Provinzen, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Landgemeindegewerbeverband, der Deutsche Landwirtschaftsminister, der Deutsche Industrie- und Handelsverband, der Deutsche Handwerks- und Gewerbetreibendenverband, der Deutsche Berufsvereine, der Verband der Deutschen Landwirtschaftlichen Berufsvereine, der Verband deutscher Berufsvereine.

Zum Arbeitslohn gehören insbesondere Gehälter, Besoldungen, Löhne, Gratifikationen, sowie unter sonstiger Benennung genannte Bezüge (z. B. Zustände- und Rangzulagen, Kolportage- und Prüfungsgebühren der Hofschulmeister, Mittelwert von unentgeltlich überlassenen Wohnungen); zum Arbeitslohn gehören ferner Barlohn, Aufschlag und andere Bezüge und geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen sowie Zuwendungen, die mit Rücksicht auf eine frühere Dienstleistung an Stelle von Pensionsansprüchen gewährt werden und die Charakter von Pensionen haben, einerlei ob sie dem zunächst Bezugsberechtigten oder seinem Rechtsnachfolger zufließen.

Dem Beitrag unterliegen nicht: die Dienstaufwandsentschädigungen des Einkommensteuergesetzes, die in § 8 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Bezüge und Gehälter, Witwen- und Waisenrenten sowie die Bezüge des Bundesvertriebsrats oder Stadtsenats, Abwesenheitsentschädigungen, Vorkaufspreise und sonstige Kaufabschlüsse, die aus Anlaß der Auflösung eines Dienstverhältnisses gewährt werden. In den Durchführungsbestimmungen über den

Zuschlag zur Beköstnung der ledigen Arbeitnehmer wird u. a. gesagt: Als ledig gelten alle einkommensteuerpflichtigen Personen, die nicht verheiratet sind, sowie verwitwete oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Ein Waisenanzuschlag wird daher nicht erhoben, wenn aus der Ehe Kinder hervorgegangen sind, gleichgültig, ob die Kinder minderjährig oder volljährig sind, ob sie zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählen oder ob sie bereits verstorben sind. Von dem

Bezugsanzuschlag sind befreit unverheiratete Frauen, deren Kinderermäßigungen aufleben, z. B. die Mütter von unehelichen Kindern, deren für diese Kinder eine Ermäßigung zuteil, ferner Personen, deren für Adoptiv- oder Pflegekinder Ermäßigungen aufleben, nicht dagegen der Vater von unehelichen Kindern.

## Zwei verschiedene Auffassungen.

Warum der Einigungsversuch scheiterte.

Berlin, 10. August.

Staatsminister Höpfer-Wilhoff nahm zu den Verhandlungen mit Dr. Schulz die folgende Stellung:

Die Differenzpunkte sind zu suchen in der Frage der Abgrenzung des neuen Parteiengebildes nach rechts. Während Höpfer-Wilhoff aus grundsätzlichen Erwägungen die inbegriffenen Elemente des Landvolkes und der Konventionen Volkspartei nicht in die neue Partei hineinzunehmen wünscht, strebt Dr. Schulz bekanntlich Sammlung auf breiter bürgerlicher Grundlage an.

Der zweite Differenzpunkt ist die Frage des Beköstnisses zu der sozialdemokratischen Partei gewesen. Höpfer-Wilhoff ausdrücklich als sozialdemokratische Partei anerkannt wissen will, während Dr. Schulz der Auffassung ist, daß auf der einen Seite das Staatsbürgeramt, auf der anderen Seite eben die Sozialdemokratie liege. Höpfer-Wilhoff freilich dann kurz die Aktion rückgängig, deren Schlichter er beauftragte und legte am Schluß dar, daß die Deutsche Staatspartei wieder einen Gesichtspunkt in den Mittelpunkt des politischen Denkens zu rücken wünsche: Sie wolle den Staatsgedanken unter Lösung von jeglicher Interessens- und Interessententzweiung pflegen. Sie wolle weiter auch die Jugend in härtester Weise heranziehen als bisher.

Zu gleicher Zeit äußerte sich in der Nationalliberalen Korrespondenz der Parteiführer der D. P. in längeren Ausführungen zur Frage der bürgerlichen Sammlung. Ich habe, so erklärt er u. a., die Führung der D. P. im Sinne Stresemanns übernommen, um sie als den letzten Kern von rechts und links zu erhalten, nicht aber, um die Partei und ihre treuen Anhänger als Material einseitiger Parteiverbindungen zur Verfügung zu stellen.

Seine Stellung zur Sozialdemokratie gibt Dr. Schulz wie folgt wieder: Ich habe auf dem Waimberger Parteitag







# Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Hofleben.  
Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.  
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Reich, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Mellemteil 20 Pf.  
Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkasse Hedra — Bankverein Achen.

Nr 95 Dienstag, den 12 August 1930 43. Jahrgang

## Programmrede des Kanzlers.

Die Krise in Politik und Wirtschaft.  
Hedra, 10. August.  
Redestadt Dr. Brünning hielt in einer Verlesung des Provinziallandstages der Rheinischen Zentrumspartei eine programmatische Rede. Einleitend gedachte der Kanzler der endlichen Befreiung des Rheinlandes und verband damit herzliche Worte des Gedankens an Gustav Stresemann. Uebergehend auf das Brandenburgerndum wies er auf Deutschlands Antwort hin, aus der klar zu entnehmen ist, daß die Regierung der Ansicht ist, daß die wirtschaftliche Ordnung von allergrößter Bedeutung ist für die zukünftige Entwicklung Europas angelehnt der ungeheuren Wirtschaftskatastrophe, die über die Welt hereinbrach. Über wir haben auch, so sehr Brünning fort, eines deutlich ausgesprochen: die Ordnung der wirtschaftlichen Dinge läßt sich nicht allein erreichen und erzielen durch wirtschaftliche Vereinbarungen, sondern wenn man zu einer dauernden Stabilisierung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen will, dann ist eine politische Stabilisierung unbedingte und zum mindesten gleichzeitige Voraussetzung.  
Wir sind der Ansicht, daß für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise nicht nur wirtschaftliche Umsätze die Ursache sind, sondern daß an dieser Entwicklung auch die heutige politische Gestaltung nicht nur Schuld, sondern der ganzen Welt in gleichem Maße die Schuld trägt.  
Diese Weltwirtschaftskrise ist eine Krise, von der man annehmen muß, daß sie von längerer Dauer ist, eine Krise, die auf die verschiedensten Ursachen, die zusammenwirken, zurückzuführen ist, eine Krise, die mit der Zerrüttung der politischen Verhältnisse in der ganzen Welt zusammenhängt, und es ist eine Krise ganz gewiß, die neben der Frage der Getreideproduktion föhlich begründet ist und in dem Umfange, daß nach ersten Anzeichen noch einer gewissen Zeit immer eine gewaltige Krise in der ganzen Welt eintritt.  
Das Schwierige ist, daß wir alles, was wir an Reformen auf dem Gebiet der Finanzen oder öffentlichen Körperschaften, auf dem Gebiet der Reformen der Wirtschaft und der Verwaltung in den vergangenen Jahren angeschlossen haben, im Augenblicke der größten Krisenjahres der Weltwirtschaft mit einem Male nachholend müssen.

Noch ist nicht das Defizit der Eisenbahn gebreht, das nach Wahrscheinlichkeit nach, sich auf 500 Millionen Mark in diesem Jahre belaufen wird. Noch ist nicht durchgeführt: ein auf Jahre gültiges Abkommen, aber auch realisierbares Budget. Das Regierungssystem ist nicht durchzuführen, wenn nicht Reformarbeiten geschaffen werden auf dem Gebiet der Verwaltung, und auch Verhältnisse in der parlamentarischen Erledigung des Staats und der Ausgabenbedürftigkeit befreit werden.  
Man dürfe nicht davon zurückzureden, an das Problem Reich und Länder heranzugehen, zum mindesten in dem Sinne, daß die Doppelarbeit und der Zerfall bei der Verwaltung bei Reich und Ländern befreit werden.  
Das andere ist die Frage der Parlamentsreform. Auch ohne Verfassungsänderung, so erklärte Brünning, kann der Reichstag durch eine Geschäftsordnung oder durch andere Maßnahmen sich mehr Selbstziplin auferlegen.  
Es geht darum, nicht gegen das Parlament zu arbeiten, sondern für das Parlament.  
Eine Regierung, die verantwortlich ist auch für diese Dinge, die nicht den Willen hat, dem Volke ganz klar die Alternativen aufzuzeigen und diese Mängel des Parlamentarismus aufzuzeigen und des Volk zur Entscheidung aufzurufen, eine solche Regierung würde ein Volk dann langsam leicht vorbereiten für Experimente, die sich gar nicht näher besprechen will, die hier und da schon seit dem vergangenen Jahre in manchen Köpfen spühen.

### Rheinland- und Ostmarkenfeier.

Gedenkstunde am Reichstag.  
Berlin, 10. August.  
Die im Westauschuß für Rhein, Pfalz und Saar vereinigten landesmannschaftlichen Verbände veranstalteten im Reichstag eine Gedenkstunde an die Befreiung des Rheinlandes von der Belagerung. Am Anluß an diese Kundgebung der Oberländer zur Erinnerung an die vor zehn Jahren in Ost- und Westpreußen erfolgte Volksabstimmung statt.  
Die Rheinlandfeier im Reichstag wurde eingeleitet von Darbietungen des Doppelquartetts von Professor Felix Schmidt und des Berliner Lehrerzweigvereins. Der Vorsitzende des Reichsoberverbandes der Rheinländer, Präsident Dr. Kaufmann, begrüßte darauf die Gäste. Er gedachte der schweren Tage des Rheinlandes in der Nachkriegszeit.  
Durch Gewalt und List, mit Reichsflucht und Zunderhof habe Frankreich das rheinische Volk zu zermürben und für eine Erneuerung aller löhngängiger Problematik, einen Pufferstaat von Frankreichs Gnade, reif zu machen erachtet.  
Am dem über alles Lob erhabenen mutigen Widerstand der

Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr, ihrer alle Volkswirtschaften und Berufsstände unerschütterlich haltbaren Einheit sei das gewislosest Ruhmabenteuer zerstückelt, der verbrecherische Separatistenspuk zerstoben.  
Dringendes Gebot der Stunde ist eine durchgreifende aktive Grenzlandpolitik.  
Nur nicht bloß im Westen, sondern auch im Osten, wo eine labile Grenzziehung größte wirtschaftliche dazu noch kulturelle und politische Not geschaffen hat. Gemeinames Grenzland hat die schon von altersher durch wechselseitiges Gehen und Nehmen verbundenen Deutschen im Westen und Osten fest zusammengeführt.  
Am Anluß an die Begrüßungsansprache Dr. Kaufmanns, hielt der Rektor der Universität Frankfurt a. M., Prof. Georg Künzle, einen Vortrag über die Bedeutung des Rheinlands in der deutschen Geschichte. Er erinnerte an die ungleichbedeutende Bedeutung des Rheinlands im spanisch-burgischen Weltreich. Von den herrlichen Rächten der Rheinlande als die große Sicherheitlinie gegen die Wiederkehr äußerlicher Vorfälle Frankreichs ausgebaut worden.  
Die Herstellung der deutschen Souveränität am Rhein beginnt wieder ein europäisches oder ein Weltinteresse zu werden. Aber wir können uns auch darüber nicht, daß wir zunächst nur eine erste Etappe auf dem langen Wege einer wahren und vollen Liquidation des Krieges erreicht haben.  
Der ersten wird die zweite mit der Rückgabe des Saargebietes folgen müssen.  
Es ist, von ganz kurzen Unterbrechungen abgesehen, über 1000 Jahre ein Glied des römischen Reiches deutscher Nation, dann Preußens und des Deutschen Reiches gewesen.  
Nach Prof. Künzle trifft der Vorliegende des Reichsoberverbandes der heimatreuen Ost- und Westpreußen, Regierungsrat Hoffmann, das Wort. Er führte u. a. Wir Ost- und Westpreußen tragen in unserem Herzen eine harte Wunde zu wunden Seiten und Volk. Sicher ist: der Westen anderer Nationen können Vaterlandes wird uns die Ostlande stets mit dem Herzen auf seiner Seite leben! Möchte es doch umgekehrt auch so sein!  
Möchte uns der Heißer auf den Rhein zufließen, wenn es sich, in hoffentlich nächster Zukunft, um Schicksalsfragen des Ostens und damit des ganzen deutschen Volkes handeln wird!

Bei der anschließenden Kundgebung der Oberländer vor dem Reichstage betonte der ehemalige Abstammungsfamiliar Prof. B a u d i n die enge Verbundenheit zwischen West und Ost.  
Westen und Osten hätten sich verbunden zu gemeinamen Handen.  
Heber ihre eigenen Grenzen hinaus wachsend strebe die Heimatliebe der Verbände ihre Arme von Ost nach West, von Westen nach Osten und schmeide ein festes Band vom Rhein zur Weichsel und zur Memel.  
Der Erste Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Andre s - Frankfurt a. M., wies darauf hin, daß die Diktatoren von Versailles sich vor 11 Jahren nicht vorstellen, daß das Gefühl der deutschen Verbundenheit seit an den Grenzen so fest liege, wie es sich selbst dem bewährt habe. Die französischen Hoffnungen für eine politische Mehrheit im Abstammungsbild Ost- und Westpreußens sind für einen autonomen Balkanstaat Frankreichs links des Rheinlands zu schanden geworden und ihre Verwirklichung nach dem Saargebiet werde auch zu schanden werden. Hoffnungen und Begehlichkeiten seien gelichtet und würden scheitern an einer Mauer, mit der der Sieger nicht gerechnet habe: an dem Gefühl unüberwindlicher deutscher Verbundenheit, das fest in den deutschen Herzen der Grenzlandliege.

### Reichsminister Treviranus

führte u. a. aus: Der Sieg des bodenständigen Deutschland habe die Wahrungsbereit. Heimatliebe war das Feldgeschrei waffenloser bedrohter Volksgenossen, mit dem die Verfassung des Volkswillens bestärkt wurde. In den nächsten Jahren sei die bange Sorge der Nation auf oen Weiten gerichtet, wo die Entscheidung graulich lange in der Schwere hand. Unbeugbar Heimatinna habe Separatistenspuk, Ausgrenzung und den Druck von Schmeichlern und Erpressern gebrochen. Der Kampf um den Rhein wurde ein deutscher Sieg.  
Es liegedacht der unbefreiten Brüder an der Saar, in Eupen und Namur, des zerstückelten Westfalens, der ungetheilten Bünde in der Pfalz und des Reiches.  
Man denke wieder daran, unter welchem Druck die Nation zur unnatürlichen Abstimmung Ostpreußens gedrückt, zu welchem Zwittrerdstand das deutsche Danzig verurteilt wurde. Der Tag werde kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschland und Europa bereit hat. Zum Schluß sang die Menschenmenge das Deutschlandlied.

### Wer zahlt die Reichshilfe?

Die Durchführungsbestimmungen der Steuererordnungen.  
Berlin, 11. August.  
In den Durchführungsbestimmungen über die Reichshilfe der Veronen des öffentlichen Dienstes, die stehen im Wortlaut vorliegen, heißt es u. a.: Zu den Beamten im Sinne der Verordnung gehören auch die Geistlichen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und die Beamtenanwärter. Nicht als Be-

amte im Sinne der Verordnung gelten 1. Personen, die lediglich ehrenamtlich oberrichtliche Befugnisse ausüben (z. B. Schöffen, Geschworene, Handelsrichter, Mitglieder von Steuerausschüssen, ehrenamtliche Mitglieder von Finanzgerichten, ehrenamtliche Mitglieder der Träger der sozialen Versicherungen u. dgl.). 2. Personen, die nach dem Gesetz über Betriebsrenten in der Arbeiterversicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtverpflichtet sind. Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinne der Verordnung gehören auch die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften, die Stiftungen des öffentlichen Rechts, die Träger der sozialen Versicherungen (Krankenversicherungs-, Berufsversicherungs-, Landesversicherungsanstalten, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichs-Trippelamt, Landwirtschaftsministerien, Industrie- und Handelskammern, Handwerkerkammern, Bergkammern, Zünfte u. dgl.). Als Verbände der Körperschaften des öffentlichen Rechts kommen insbesondere in Betracht: der Deutsche Städtebund, der Reichstädtetbund, der Verband der Preussischen Provinzen, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Landgemeindeförderung, der Deutsche Landwirteverband, der Deutsche Industrie- und Handelsrat, der Deutsche Handwerks- und Gewerbetreibendenverband, die Kassenvereinigungen, der Verband der Deutschen Berufsvereinigungen, der Verband der Deutschen Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, der Verband deutscher Versicherungsanstalten.

### Zum Arbeitslohn

gehören insbesondere Gehälter, Besoldungen, Kontingente, Gratifikationen, sowie unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge (z. B. Auslands- und Kanzierzulagen, Kolonialgebehr und Prüfungsgebühren der Hochschullehrer, Mietwert, um unentgeltlich überlassenen Wohnungen); zum Arbeitslohn gehören ferner Wartelöhne, Ruhegehälter und andere Bezüge und gewerbliche Vorteile für frühere Dienstleistungen sowie Zuwendungen, die mit Rücksicht auf eine frühere Dienstleistung an Stelle von Pensionsansprüchen gewährt werden und den Charakter von Pensionen haben, emerit ob sie dem zunächst Bezugsberechtigten oder seinem Rechtsnachfolger zufließen.  
Dem Beitrag unterliegen nicht: die Dienstauswandsentschädigungen des Einkommensteuergesetzes, die in § 8 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Bezüge und Gehalts, Witwen- und Hinterbliebenen sowie die Bezüge des Graduiertenstudiums, oder Studienmonats, Abbauförderungen, Vorkursgebehr und sonstige Kapitalausgaben, die aus Anlaß der Durchführung eines Dienstverhältnisses bezahlt werden. In den Durchführungsbestimmungen über den

Zustieg zur Lohnsteuer der lebigen Arbeitnehmer wird u. a. gesagt: Als ledig gelten alle einkommensteuerpflichtigen Personen, die nicht verheiratet sind, sowie verheiratete oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Ein Nebenverdienst wird daher nicht erhoben, wenn aus der Ehe Kinder hervorgegangen sind, gleichgültig, ob die Kinder minderjährig oder volljährig sind, ob sie zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählen oder ob sie bereits verstorben sind. Von dem

color checker CLASSIC

color checker CLASSIC

Zu gleicher Zeit äußert sich in der Nationalliberalen Korrespondenz der Parteiführer der D. P. in längeren Ausführungen zur Frage der bürgerlichen Sammlung.  
Ich habe, so erklärt er u. a., die Führung der D. P. im Sinne Stresemanns übernommen, um als den letzten Kern von rechts und links zu erhalten, nicht aber, um die Partei und ihre treuen Anhänger als Material einseitiger Parteineurundungen zur Verfügung zu stellen.  
Seine Stellung zur Sozialdemokratie gibt Dr. Schölk wie folgt wieder: Ich habe auf dem Wandmehrer Parteitag